

„An der Neubesiedlung des Ostens ist Westfalen stärkstens interessiert.“ Initiative und Planungen zur landsmannschaftlich geschlossenen Ansiedlung westfälischer Bauern im Reichsgau Wartheland 1940–1942

Martin Dröge

„Wenn man durch diesen weiten Raum fährt, die fruchtbaren weiten Aecker sieht und sich nun vorstellt, was daraus alles werden kann, dann träumt man von einem dicht besiedelten urdeutschen Bauernland, wo auf stattlichen Erbhöfen deutsche Bauern sitzen und zahlreiche deutsche Geschlechter gesunden bauerlichen Blutes heranwachsen zum größeren Nutzen des gesamten deutschen Vaterlandes.“¹

Diese Eindrücke und Wunschbilder vermittelte ein Redakteur des Wochenblatts der Landesbauernschaft Westfalen seinen Lesern über eine Reise, die er im Oktober 1940 in den Reichsgau Wartheland unternommen hatte. Ähnlich wie der Urheber des Zitats verloren sich auch andere Angehörige der deutschen Volksgemeinschaft in Schwärmereien über ‚den Osten‘. Die schwerwiegenden Folgen – Vertreibung, Verfolgung, Vernichtung –, die sich aus dem im Zitat widergespiegelten Denken für die dort lebende Bevölkerung ergaben, sind intensiv erforscht. Der folgende Beitrag befasst sich damit, wie regionale Akteure die Möglichkeiten, die sich aus dem Eroberungskrieg im Osten ergaben, zu Initiativen und Planungen nutzten, um für diesen Raum schon länger gehegte Träumereien zu verwirklichen.

Die Begehrlichkeiten und Wünsche, die Projektionen und Phantasien, die der Osten bei den Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert weckte, wird in der geschichtswissenschaftlichen Forschung unter dem Stichwort ‚Traumland Osten‘ diskutiert.² Bereits nach 1848 sei das Bild vom Osten durch die Kolonialdiskussion in diese Richtung geprägt worden. Nach dem Verlust der deutschen Überseekolonien wurde der Osten wieder verstärkt zur Projektionsfläche kolonialer Phantasien.³ Das Schlagwort vom ‚Deutschen Drang nach Osten‘ machte nach dem Ersten Weltkrieg verstärkt Karriere, indem eine Kontinuität einer deutschen Ostkolonisation seit dem Mittelalter

1 Lothar WAGNER, Wartheland – Deutsches Land. Eindrücke einer Reise. In: Wochenblatt der Landesbauernschaft Westfalen 97 (1940), Folge 43, 26.10.1940, S. 972–974, hier S. 972 f.

2 Gregor THUM (Hg.), Traumland Osten. Deutsche Bilder vom östlichen Europa im 20. Jahrhundert, Göttingen 2006; Wolfgang WIPPERMANN, Die Deutschen und der Osten. Feindbild und Traumland, Darmstadt 2007.

3 Gregor THUM, Mythische Landschaften. Das Bild vom ‚deutschen Osten‘ und die Zäsuren des 20. Jahrhunderts. In: THUM, Traumland Osten, S. 181–212, hier S. 194.

konstruiert wurde.⁴ Zugleich beeinflussten die Erlebnisse und Erfahrungen der deutschen Soldaten, die während des Ersten Weltkriegs im Osten eingesetzt waren, das Bild der Deutschen vom Osten.⁵ Hitler sah im Osten ‚Lebensraum‘ für das deutsche Volk: Nach der Eroberung sollte die Besiedlung und damit die Germanisierung des Bodens erfolgen.⁶

Der erfolgreiche Überfall Deutschlands auf Polen war der Startschuss für eine umfassende Planung zur Besiedlung der eroberten Ostgebiete. In der geschichtswissenschaftlichen Forschung werden die nationalsozialistischen Pläne zur Neuordnung Europas unter dem Topos ‚Vordenker der Vernichtung‘⁷ diskutiert: Der Zusammenhang zwischen Umsiedlungsplanungen und der Judenvernichtung in Europa steht weit oben auf der Forschungsagenda.⁸ In dem zentralen Planungswerk der Nationalsozialisten, im sogenannten ‚Generalplan Ost‘, tauchen die Juden Osteuropas von vornherein nicht als eine zu berücksichtigende Größe auf. Die Geschichtswissenschaft hat die Dokumente des Generalplans Ost erschlossen und sich intensiv mit deren Analyse befasst, da sich in dessen verschiedenen Bearbeitungsstufen die gigantomanischen Pläne der Nationalsozialisten zur Erschließung von Lebensraum im Osten und zur Neuordnung Mitteleuropas manifestieren.⁹

Hans Mommsen spricht von der Freisetzung einer „konkurrierenden Planungsexpertokratie“ mit Beginn des Polenfeldzugs.¹⁰ Das Aufblühen einer regionalen Initiative, bei der die Umsiedlung westfälischer Siedler in den Reichsgau Wartheland geplant und vorbereitet wurde, belegt dieses Urteil. Die westfälischen Umsiedlungsplanungen, die unmittelbar nach Kriegsbeginn einsetzten, kreisten vornehmlich um zwei zentrale Aspekte: zum einen um die landsmannschaftlich geschlossene Ansiedlung westfälischer Bauern im Warthegau, zum anderen um die Sanierung der landwirtschaftlichen Verhältnisse in Westfalen.

Mit dem zuletzt genannten Aspekt befassen sich die Forschungen der Historiker Uwe Mai und Wolfram Pyta, die in ihren Studien den Zusammenhang zwischen geplanter Ostsiedlung und Agrarstrukturreform im

4 Wolfgang WIPPERMANN, *Der ‚Deutsche Drang nach Osten‘. Ideologie und Wirklichkeit eines politischen Stichwortes*, Darmstadt 1981; Karl HAMPE, *Der deutsche Zug nach Osten. Die kolonialisatorische Großtat des deutschen Volkes im Mittelalter*, Leipzig 1921.

5 Vgl. Vejas Gabriel LIULEVICIUS, *Kriegsland im Osten. Eroberung, Kolonisierung und Militärherrschaft im Ersten Weltkrieg*, Hamburg 2002, S. 19–21, 189–216.

6 Vgl. Adolf HITLER, *Mein Kampf*, 2 Bde., 72. Auflage, München 1933, S. 742.

7 Götz ALY/Susanne HEIM, *Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung*, Hamburg 1991.

8 Vgl. Hans MOMMSEN, *Umwolkungspläne des Nationalsozialismus und der Holocaust*. In: Wolfgang SCHEFFLER/Helge GRABITZ/Klaus BÄSTLEIN/Johannes TÜCHEL (Hgg.), *Die Normalität des Verbrechens. Bilanz und Perspektiven der Forschung zu den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen*, Berlin 1994, S. 68–84.

9 Czeslaw MADAJCZYK (Hg.), *Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan*, München 1994; Mechtild RÖSSLER/Sabine SCHLEIERMACHER (Hgg.), *Der „Generalplan Ost“*. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik, Berlin 1993. Siehe auch Mark Mazower, *Hitlers Imperium. Europa unter der Herrschaft des Nationalsozialismus*, München 2009.

10 Vgl. MOMMSEN, *Umwolkungspläne*, S. 69.

Altreich untersucht haben. Nach Pyta bündelten sich die agrarökonomischen Siedlungsplanungen im Apparat von Konrad Meyer, dem Chefplaner Heinrich Himmlers. In den realisierungsreifen Plänen zur Sanierung des Altreiches sollten als unrentabel eingestufte kleinbäuerliche Betriebe zugunsten mittel- und großbäuerlicher Betriebsformen durch Eingriffe in die Bodenordnung aufgelöst werden – mit dem gleichzeitigen Ziel, Siedler für den Osten freizusetzen. Dabei ging technokratischer Machbarkeitswahn mit einer rassistischen Bevölkerungspolitik einher.¹¹ Mai konzentriert sich auf die Neuordnungsprogramme der Nationalsozialisten für den ländlichen Raum des Altreichs, welche er insbesondere bei dem Problem der Mobilisierung deutscher Siedler mit dem Generalplan Ost verzahnt sieht. Dabei stellt er die Frage nach dem Umgang mit den Betroffenen der Planungen sowie nach den Hemmnissen und Grenzen der Pläne. Seine Dissertation fasst zentrale Forschungsergebnisse zur Agrarpolitik sowie zu Sozial- und Raumplanung im NS-Staat zusammen.¹²

Das in Westfalen entworfene Konzept der landsmannschaftlich geschlossenen Ansiedlung und dessen Vermarktung wurde ‚von unten‘ und nicht von reichsweit vernetzten Wissenschaftlern oder der SS entwickelt. Die regionalen Initiativen und die Vorstellungen heimatbewegter, bildungsbürgerlicher Kreise bezüglich der nationalsozialistischen Siedlungsplanungen sind noch nicht näher erforscht. Gleiches gilt für die Fragen danach, wie die Agitation zur Ostsiedlung auf regionaler Ebene aussah und wie weit die Umsiedlungsplanungen in der Bevölkerung präsent waren.

Weiten Teilen der westfälischen Bevölkerung waren aufgrund von Vorträgen und Publikationen, die vom Westfälischen Heimatbund gefördert wurden, die regionalen Planungskonzeptionen zur Besiedlung des Ostens bekannt. Nach eigener Aussage konnte der Westfälische Heimatbund anlässlich einer Vortragsreihe über die Besiedlung des Ostens im Winter 1939/40 insgesamt etwa 20.000 Zuhörer begrüßen.¹³ Die Leserzahlen von Zeitschriften wie ‚Neues Bauertum‘, ‚Reich-Volksordnung-Lebensraum‘, ‚Raumforschung und Raumordnung‘ oder von regionalen Organen wie der vom Westfälischen Heimatbund herausgegebenen Zeitschrift ‚Heimat und Reich‘ sowie des

11 Vgl. Wolfram PYTA, ‚Menschenökonomie‘. Das Ineinandergreifen von ländlicher Sozialraumgestaltung und rassenbiologischer Bevölkerungspolitik im NS-Staat. In: Historische Zeitschrift 273 (2001), S. 31–94, hier S. 94.

12 Vgl. Uwe MAI, „Neustrukturierung des deutschen Volkes“: Wissenschaft und soziale Neuordnung im nationalsozialistischen Deutschland, 1933–1945. In: Isabel HEINEMANN/Patrick WAGNER (Hgg.), Wissenschaft – Planung – Vertreibung. Neuordnungskonzepte und Umsiedlungspolitik im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2006, S. 73–92, hier S. 73; Uwe MAI, „Rasse und Raum“. Agrarpolitik, Sozial- und Raumplanung im NS-Staat, Paderborn 2002.

13 Niederschrift über die Arbeitstagung der Niederdeutschen Landesvereine im Deutschen Heimatbund am 14.3.1940 in Bremen. In: Archiv des Westfälischen Heimatbundes (=AWHB) Ordner D2 – Landesvereine des Deutschen Heimatbundes, S. 9.

„Wochenblatts der Landesbauernschaft Westfalen“, in denen das Thema Ostsiedlung in zahlreichen Aufsätzen und Artikeln aufbereitet war, sind nicht mit Sicherheit festzustellen. Wer sich damals über die Pläne zur Ostsiedlung informieren wollte, konnte diese Zeitschriften nutzen.¹⁴ Die Frage nach dem Schicksal der im Osten lebenden Bevölkerung tauchte in dem Planungskonzept sowie in den Vorträgen und Publikationen nicht auf.

Das Konzept der landsmannschaftlich geschlossenen Siedlung

Himmlers Siedlungsvorstellungen waren Anfang Herbst 1939 noch „verschwommen und punktuell“.¹⁵ Himmler, der sich seit Oktober dieses Jahres auch ‚Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums‘ nennen konnte, besaß zunächst nicht die alleinige Federführung bei den Umsiedlungsplanungen.¹⁶ Himmlers Chefplaner Konrad Meyer¹⁷ entwarf bis zum Frühjahr 1940 die ‚Planungsgrundlagen für den Aufbau der neuen Ostgebiete‘, den sogenannten ‚ersten Generalplan Ost‘. Unter zahlreichen Richtlinien taucht darin die Vorgabe auf, „die Siedlung nach landsmannschaftlichen Gesichtspunkten zu fördern“, wonach „die deutschen Volksstämme einen bestimmten Siedlungsbereich in den neuen Gauen zugewiesen erhalten“.¹⁸ Unter Landsmannschaften wurden die deutschen Volksgruppen verstanden, wie etwa die Bayern, die Sachsen oder die Westfalen. In einer Geheimrede erklärte Himmler vor Gauleitern und anderen Parteifunktionären am 29. Februar 1940, wie er die landsmannschaftliche Ansiedlung verstand:

„Was nun die Besiedlung für die Zukunft anlangt, so stelle ich mir vor, dass, wenn wir nun die Menschen aus dem Westen bekommen, wir dann bestimmte Landratsgebiete, Landratsbezirke, dass wir hier Landsmannschaften haben, so und so viele Siedler aus Schwaben, so und so viele Siedler aus Westfalen, aus Hessen bekommen, rein nach der Volkszahl ist das bedingt, dass wir hier eine gewisse volksdeutsche Unterlage schaffen von Menschen aus Westfalen, Menschen aus Hessen usw., usw., die [wir] nun mit Volksdeutschen ungefähr zu 1/3 in den Dörfern zusammentun.“¹⁹

14 Vgl. Willi OBERKROME, „Deutsche Heimat“. Nationale Konzeption und regionale Praxis von Naturschutz, Landschaftsgestaltung und Kulturpolitik in Westfalen-Lippe und Thüringen (1900–1960), Paderborn 2004, S. 237.

15 MÜLLER, Hitlers Ostkrieg, S. 86.

16 Vgl. Ebd., S. 83–89. Siehe auch Alexa STILLER, Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums. In: Ingo HAAR/Michael FAHLBUSCH (Hgg.), Handbuch der völkischen Wissenschaften. Personen – Institutionen – Forschungsprogramme – Stiftungen, München 2008, S. 531–540.

17 Siehe Alexa STILLER, Konrad Meyer. In: HAAR/FAHLBUSCH, Handbuch, S. 415–422.

18 MÜLLER, Hitlers Ostkrieg, S. 130–138, hier S. 137; MADAJCZYK, Vom Generalplan Ost, S. 3–14, hier S. 14. Zur Datierung der Quelle in die zweite Januarhälfte 1940 siehe Karl Heinz ROTH, „Generalplan Ost“ – „Gesamtplan Ost“. Forschungsstand, Quellenprobleme, neue Ergebnisse. In: RÖSSLER/SCHLEIERMACHER, Generalplan Ost, S. 25–47, hier Anmerkung 1.

19 Zitiert nach Bradley F. SMITH, Heinrich Himmler. Geheimreden 1933 bis 1945 und andere Ansprachen, Frankfurt a. M. 1974, S. 115–145, hier S. 142.

Der hier von Himmler angeführte und an anderen Stellen des Generalplan Ost²⁰ festgehaltene Aspekt der landsmannschaftlichen Ansiedlung in geschlossenen Gruppen wurde bisher in der Forschung noch nicht hinreichend berücksichtigt. Bruno Wasser erwähnt diesen Aspekt in seiner Studie über ‚Himmlers Raumplanung im Osten‘ in zwei Sätzen.²¹ Andere Studien zur nationalsozialistischen Siedlungspolitik, so etwa die Arbeiten von Uwe Mai, erwähnen den Terminus ‚landsmannschaftlich geschlossen‘ im Zuge von Quellenziten, befassen sich aber nicht näher mit dem Konzept und dem Kontext.²² Die Erforschung dieses Aspekts der NS-Siedlungsplanungen ist insofern lohnenswert, da sie weitere Erkenntnisse darüber verspricht, woher neben den Entwürfen von SS-Wissenschaftlern die siedlungspolitischen Ideen der Nationalsozialisten stammten und wie diese verbreitet wurden.

Seit Ende der 1930er Jahre tauchen vier Begründungen auf, warum eine Ansiedlung landsmannschaftlich geschlossen und in Gruppen erfolgen sollte: 1.) Der Nutzen für Werbe- und Propagandazwecke wurde hervorgehoben. Eine geschlossene Ansiedlung sei attraktiver und fördere die Bereitschaft der Siedler, freiwillig in den Osten zu gehen, so ein Ergebnis einer Tagung der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung im April 1940.²³ 2.) Der finanzielle Aspekt wurde betont. In dem Buch ‚Deutsche Bauern- und Landwirtschaftspolitik‘ von 1939 verweist der Wirtschaftshistoriker Hans Jürgen Seraphim darauf, dass die Ansiedlung in landsmannschaftlichen Gruppen kostengünstiger sei.²⁴ 3.) Die Bedeutung des nationalsozialistischen ‚Führertums‘ für die Gruppensiedlung wurde herausgearbeitet. Unter der Führung eines Gruppensiedlungsleiters sollte ein neues Dorf in gemeinschaftlicher Arbeit aufgebaut werden, um so eine echte nationalsozialistische Gemeinschaft entstehen zu lassen.²⁵ 4.) Eine landsmannschaftlich geschlossene Siedlung wurde mit der völkischen Stammesideologie begründet. Diese Begründung war insbesondere und besonders ausgeprägt in der preußischen Provinz Westfalen anzutreffen.

20 „Generalplan Ost“ von SS-Oberführer Prof. Dr. Konrad Meyer vom 28.5.1942: „[...] Unter Einsatz von Siedlungsführern erfolgt die Siedlung nach landsmannschaftlichen Gesichtspunkten.“ Zitiert nach MÜLLER, Hitlers Ostkrieg, S. 185–188, hier S. 187; Aufgaben und Aufgabenverteilung zur Weiterbearbeitung des Generalplanes Ost, 28.7.1942: „Richtlinien über landsmannschaftliche Besiedlung der Siedlungsgebiete. (Koordination von Abgabebereichen und Siedlungsgebieten). HAI.“ Die Aufgabe wurde dem SS-Hauptamt I zugeordnet. Zitiert nach RÖSSLER/SCHLEIERMACHER, Generalplan Ost, S. 22; Dispositionen und Berechnungsgrundlagen für einen Generalsiedlungsplan, 29.10.1942 und 23.12.1942, Anhang Tabelle IV: „Die landsmannschaftl[iche] Gliederung der Siedlerbilanz.“ Ebd., S. 112.

21 Vgl. Bruno WASSER, Himmlers Raumplanung im Osten. Der Generalplan Ost in Polen 1940–1944, Basel 1993, S. 59.

22 Vgl. MAI, Neustrukturierung, S. 76–77, 85; MAI, Rasse und Raum, S. 144; ebenso OBERKROME, Deutsche Heimat, S. 238.

23 Vgl. Bericht über die Sitzung des Arbeitskreises II bei der Arbeitstagung der RAG, 12.4.1940, zitiert nach MAI, Rasse und Raum, S. 144.

24 Vgl. Hans Jürgen SERAPHIM, Deutsche Bauern- und Landwirtschaftspolitik, Leipzig 1939, S. 123.

25 Vgl. Walter GEBERT, Weg und Ziel der Gruppensiedlung. In: Neues Bauerntum 31 (1939), S. 161–168, hier S. 161.

Im Folgenden wird daher der Hintergrund der Stammesideologie skizziert, um ausgehend von dieser Prämisse die westfälische Initiative zur NS-Siedlungsplanung näher vorzustellen. Dabei kann belegt werden, dass die ideologische Untermauerung des Konzepts der landsmannschaftlich geschlossenen Siedlung, die federführend durch den westfälischen Landeshauptmann Kolbow²⁶ betrieben wurde, bei Himmler auf Zustimmung stieß und eine Aufnahme in die nationalsozialistischen Siedlungsplanungen maßgeblich gefördert hat. Zudem thematisiert der Beitrag, wie die Pläne zur westfälischen Ostsiedlung im Allgemeinen und das Konzept der landsmannschaftlich geschlossenen Ansiedlung im Speziellen durch öffentliche Vorträge und Publikationen propagiert wurden. Des Weiteren befasst er sich mit ersten regionalen Planungen engagierter Personen und Arbeitsgruppen, die „dem Führer entgegenarbeiteten“²⁷, indem sie frühzeitig begannen, die nach Beendigung des Krieges anstehende westfälische Ostsiedlung vorzubereiten.

Die völkisch-organische Stammesideologie in ihrer westfälischen Ausprägung

In der deutschen Geschichtsschreibung trat zu Beginn des 20. Jahrhunderts der volksgeschichtliche Ansatz als eine Form der neuen Kulturgeschichte in Konkurrenz zur dominierenden politischen Historiografie. Dieser Ansatz sah in „Völkern und Stämmen historische, z. T. auch biologische Einheiten, die aus dem Zusammenspiel von Rasse und Raum, Kultur und Geschichte entstanden seien“, deren ‚Charakter‘ sich in historischen und zeitgenössischen, geistigen wie auch materiellen Hinterlassenschaften festmachen lasse.²⁸

In Westfalen wurde 1915 der Westfälische Heimatbund gegründet. Die Vordenker der westfälischen Heimatbewegung diagnostizierten zu Beginn der 1920er Jahre eine soziale, politische, kulturelle und religiöse Krise und sahen in der Rückkehr zu Volkstum, Vaterland, Heimat und Familie einen Weg zur Überwindung dieser Krise. Volkstum war für sie die Seele oder das Wesen der Bevölkerung einer Region; es bestimmte sich teils durch die Landschaft, teils durch den Stamm und die Rasse. Ihr gesellschaftspolitisches Ideal war „ein seßhaftes, bodenverbundenes Volk, ein ‚Volksorganismus‘, der sich aus

26 Ein preußischer Landeshauptmann leitete die Verwaltungsbehörde einer preußischen Provinz, den Provinzialverband. Siehe Ansgar WEISSER, Der Landeshauptmann/Landesdirektor. In: www.lwl.org/westfaelische-geschichte/portal/Internet/ku.php?tab=web&ID=590; Zugriff vom 17.3.2009. Zur Biografie Kolbows siehe Bernd WALTER, Karl Friedrich Kolbow (1899–1945). In: Friedrich Gerhard HOHMANN (Hg.), Westfälische Lebensbilder, Bd. 17, Münster 2005, S. 203–240.

27 Vgl. Ian KERSHAW, Hitler, Bd. 2: 1936 bis 1945, München 2000.

28 Karl DITT, Wissenschaft als politisches und soziales System. Der Volkstumsansatz in der Westfalenhistoriografie des 20. Jahrhunderts. In: Jürgen BÜSCHENFELD/Heike FRANZ/Michael KUHLEMANN (Hgg.), Wissenschaftsgeschichte heute. Festschrift für Peter Lundgreen, Bielefeld 2001, S. 11–37, hier S. 11. Siehe auch Willi OBERKROME, Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1945, Göttingen 1993.

zahlreichen ‚Volkstüchern‘ zusammensetzen sollte.“²⁹ Dabei maß man den Volksstämmen im Gefüge des deutschen Volkstums eine zentrale Rolle zu: Es wurde von besonderen Eigenarten der Stämme ausgegangen, die es zu bewahren gelte. Der ‚Ruhrkampf‘³⁰ von 1923 gegen die ‚fremdvölkischen‘ Besatzer des Ruhrgebietes festigte in den heimatbewegten, bildungsbürgerlichen Kreisen Westfalens den Glauben an „die unvergänglichen Kräfte und Qualitäten des eigenen Stammes bzw. des heimatlichen Volkstums“.³¹ Hieraus entwickelte sich in Westfalen ein spezifisch ausgeprägter kultureller und politischer Regionalismus, der Mitte der 20er- bis Mitte der 30er-Jahre während der Reichsreformdebatte aktiviert wurde, um eine Zergliederung des Raumes Westfalen zu verhindern. In der Diskussion um die verwaltungstechnische Neugliederung des Deutschen Reiches argumentierten die Westfalen-Ideologen mit ‚organischen Lebensräumen‘ der Stammes- und Volkstumsgebiete, die als Ordnungsprinzip einer Verwaltungsgliederung zu Grunde liegen müssten.³²

Unter der Ägide von Landeshauptmann Kolbow, der 1933 ins Amt kam, konnte die kultur- und volkstumpolitische Arbeit des westfälischen Provinzialverbandes³³, der eng mit dem Westfälischen Heimatbund verzahnt war, ungebrochen fortgesetzt werden. Zudem wurde Kolbow 1934 Vorsitzender des Westfälischen Heimatbundes. Kolbow setzte sich für eine Volkstumsarbeit auf der Grundlage von Stamm und Landschaft ein: Nach Ansicht des ‚Alten Kämpfers‘ der NSDAP mündete 1933 die Heimatbewegung gemeinsam mit der provinziellen Kulturpflege in die völkische Erneuerungsbewegung des Nationalsozialismus ein.³⁴ Obwohl selbst kein gebürtiger Westfale ließ der völkisch geprägte Verwaltungschef der Provinz kaum eine Gelegenheit aus, sein Bekenntnis zum westfälischen Stammestum zu betonen: Vertrauend auf die völkische ‚Heilkräft‘ der Natur und der ‚angestammten‘ Landschaft sah

29 Karl DITT, „Mit Westfalengruß und Heil Hitler!“ Die westfälische Heimatbewegung 1918–1945. In: Edeltraud KLUETING (Hg.), Antimodernismus und Reform. Zur Geschichte der deutschen Heimatbewegung, Darmstadt 1991, S. 191–215, hier S. 193–194, Zitat S. 194; vgl. Karl DITT, Raum und Volkstum. Die Kulturpolitik des Provinzialverbandes Westfalen 1923–1945, Münster 1988, hier S. 58–68.

30 Siehe Gerd KRUMEICH (Hg.), Der Schatten des Weltkriegs. Die Ruhrbesetzung 1923, Essen 2004; OBERKRÖME, Deutsche Heimat, S. 23–29.

31 OBERKRÖME, Deutsche Heimat, S. 80.

32 Karl TEPPE, Provinz – Partei – Staat. Zur provinziellen Selbstverwaltung im Dritten Reich untersucht am Beispiel Westfalens, Münster 1977, S. 111–120. Maßgeblich wirkte hier der damalige Kulturdezernent des Provinzialverbandes Dr. Ernst Kühl. Dieser initiierte 1928 das Langzeit-Forschungsprojekt ‚Der Raum Westfalen‘, bei dem mit den empirischen Methoden der damals innovativen Kulturraumforschung ein Kulturraum des westfälischen Stammes wissenschaftlich vermessen werden sollte. Der Einfluss Köhls auf das Denken Kolbows darf nicht unterschätzt werden. Vgl. Karl DITT, Der Kulturdezernent Dr. Ernst Kühl, 1888–1972. In: Westfälische Forschungen 38 (1988), S. 273–296.

33 Ein preußischer Provinzialverband war ein Kommunalverband mit umfangreichen regionalen Selbstverwaltungskompetenzen.

34 Vgl. Karl Friedrich KOLBOW, Heimatpflege in Westfalen. In: Heimat und Reich 5 (1938), S. 241–247, hier S. 247.

er in der Vielgestaltigkeit der deutschen Volksstämme die Kraftquelle für das Deutschtum, wobei die Eigenarten der Stämme erhalten werden müssten.³⁵ In der Pflege der Eigenarten der völkisch-biologischen Kräfte der deutschen Stämme stecke die Zukunft Deutschlands. Diese Urkräfte der Nation müssten erkannt und für den Aufbau des nationalsozialistischen Reichs eingesetzt werden.³⁶ Der Historiker Karl Ditt bemerkt zur völkischen Stammesideologie in Westfalen: „Die Problematik der sich zum Teil widersprechenden bzw. allumfassenden, d.h. aussagegelassenen Aussagen und der Kausalketten zwischen Rasse, Boden, Raum, Geschichte, sozialem Verhalten und kulturellem Ausdruck, wurde weder von den Wissenschaftlern noch von Kolbow thematisiert.“³⁷

Eine Initiative ‚von unten‘: Ideengeber für Himmlers Siedlungsplanungen Auf einer Tagung des Westfälischen Heimatbundes Ende Oktober 1939 erklärte Landeshauptmann Kolbow in seiner Funktion als Heimatbundleiter, dass in der Kriegszeit der Heimatbund seine jahrzehntelangen Erfahrungen in der Betreuung des westfälischen Volkstums in den Dienst der beabsichtigten Ostsiedlung stellen müsse: „Es müsse darauf hingearbeitet werden, dass als Grundlage für die Neusiedlung eine natürliche Gemeinschaft (Dorf, Stamm) angesetzt werde. Dann könne sich ein echtes und tragendes Heimatgefühl am leichtesten und sichersten entwickeln“.³⁸

Etwa zeitgleich im Oktober 1939 muss Kolbow Kontakt zu Himmler gehabt haben. Auf einer Arbeitstagung des Deutschen Heimatbundes Mitte März 1940 verkündete er, dass „dem Reichsführer SS schon im Oktober [1939] Vorschläge zur stammesmäßig geschlossenen Besiedlung unterbreitet“ worden seien. Nach dem, was bekannt sei, sei zu hoffen, dass die Neubesiedlung des Ostens auf stammlicher Grundlage erfolgen werde, so Kolbow vor führenden Vertretern der deutschen Heimatbewegung.³⁹ Anfang Mai 1940 rief Kolbow den Westfälischen Heimatbund bei einer Heimattagung ein weiteres Mal dazu auf, seine Erfahrungen für die Erschließung der Ostgebiete zur Verfügung zu stellen: „Es komme hier darauf an, die in diesem Gebiet wohnenden polnischen

35 Vgl. OBERKROME, Deutsche Heimat, S. 197.

36 Vgl. Karl Friedrich KOLBOW, Der Sinn der westfälischen Heimatpflege. In: Der Westfälische Heimatbund, Jahresbericht 1939, Münster [1940], S. 7.

37 DITT, Raum und Volkstum, S. 306.

38 Bericht über die erste Kriegsarbeitsstagung des Westfälischen Heimatbundes 28./29.10.1939 in Soest. In: AWHB Ordner T1 – Tagungen der Heimatsgebiet- und Fachstellenleiter 1938–1942. Ein Bericht ist gedruckt in: Der Westfälische Heimatbund, Jahresbericht 1939, Münster [1940], S. 40–42, hier S. 41. Vgl. zu den Aufgaben des Westfälischen Heimatbundes im Krieg: DITT, Raum und Volkstum, S. 234–237; DITT, Westfalengruß, S. 209–211.

39 Niederschrift über die Arbeitstagung der Niederdeutschen Landesvereine im Deutschen Heimatbund am 14.3.1940 in Bremen. In: AWHB Ordner D2 – Landesvereine des Deutschen Heimatbundes, S. 9.

Bevölkerungsteile durch deutsche zu ersetzen.“ Ein weiteres Mal berichtete er von seiner Kontaktaufnahme mit Himmler: Er habe dabei betont, dass der stammesmäßigen Besiedlung der Vorzug vor der gemischten gebühre. Dies sei beim Reichsführer SS „auf vollstes Verständnis gestoßen“, ferner sei dieser der Ansicht, dass „eine nach Volksstämmen geordnete Siedlung zweckmässig sei“, so die Darlegungen Kolbows.⁴⁰

Kolbow war über die wohlwollende Aufnahme seiner Initiative gut informiert. Ein Mitarbeiter der westfälischen Provinzialverwaltung stand im Kontakt zu einem Mitarbeiter im Stab Himmlers. Ein Aktenvermerk vom 30. Januar 1940 gibt Auskunft, dass der Mitarbeiter Himmlers

„aus mehrfachen Besprechungen genauestens wisse, dass der Reichsführer SS Himmler den von Herrn Landeshauptmann Kolbow vertretenen Gedanken der landsmannschaftlich geschlossenen Siedlung auch im Interesse der Aufrechterhaltung der Verbindung nicht nur unter den neuen Siedlern, sondern auch dieser mit dem Heimatgebiet für durchaus richtig halte und die Durchführung einer West-Ost-Siedlung in dieser Weise sicherlich fördern werde.“⁴¹

Zugleich würde man eine wertvolle Beeinflussung der volksdeutschen Siedler erwarten, die aus anderen Gebieten einwandern. Grundsätzlich werde die Einstellung von Landeshauptmann Kolbow vom Reichsführer SS voll geteilt und unterstützt, heißt es weiter in dem Vermerk. Der Mitarbeiter Himmlers hielt es daher für besonders wichtig, dass Kolbow versuche, die „wertvollen Gedanken in persönlichem Vortrag bei Herrn Reichsführer SS Himmler zur Sprache zu bringen“, denn dieser habe ganz besonderes Interesse hierfür.⁴²

Über einen persönlichen Vortrag Kolbows bei Himmler liegen keine Aktenvermerke oder Protokolle vor. Jedoch schreibt Kolbow in seinem Tagebuch am 25. März 1940, dass er „systematisch die geschlossene stammesmäßige Ansiedlung von Westfalen im Warthegau (Kreis Wreschen) betrieben [hat], und Himmler hat diesem Wunsche prinzipiell zugestimmt.“⁴³ Daneben ist ein Vermerk über eine Besprechung vom 3. Juli 1940 im Planungsamt des Reichsführers SS zwischen Himmlers Chefplaner Konrad Meyer und einer Abordnung aus Westfalen unter Führung Kolbows überliefert. Meyer bestätigte hier nochmals, dass „Himmler endgültig entschieden habe, dass

40 Niederschrift über die zweite Kriegsarbeitstagung des Westfälischen Heimatbundes am 4./5.5.1939 in Soest. Ein Bericht ist gedruckt in: Der Westfälische Heimatbund, Jahresbericht 1939, Münster [1940], S. 45–47, hier S. 45.

41 Vermerk vom 30.1.1940. In: Archiv des Landschaftsverbandes Westfalen Lippe (ALWL) 202–546 Finanzierung der West-Ost-Siedlung.

42 Zbd.

43 Tagebucheintragung Kolbows vom 25.3.1940. In: Die Tagebücher Karl Friedrich Kolbows (1899–1945) – Nationalsozialist der ersten Stunde und Landeshauptmann der Provinz Westfalen, hg. von Martin DRÖGE, Paderborn 2009.

die Besiedlung der neuen Ostprovinzen stammesweise erfolgen soll“. Die bisherigen Planungen Himmlers sahen für die Westfalen die Kreise Schroda, Gnesen und Wreschen mit weiteren Teilen der angrenzenden Landkreise vor. Es wurde vereinbart, „dass die Westfalen möglichst in Siedlergruppen von nicht weniger als 100 nachbarlich zusammenwohnender westfälischer Familien angesiedelt werden sollen“ und es vermieden werden sollte, westfälische Siedler vereinzelt „anzusetzen“. Es müsse jedoch eine große Zahl rückgewanderter Auslandsdeutscher mit aufgenommen werden. Die westfälischen Wünsche stimmten mit den Ansichten des Planungsamtes überein, so die Notiz in dem Vermerk.⁴⁴

An der wegweisenden Besprechung in Berlin nahm auch die westfälische Heimatschriftstellerin Maria Kahle teil. Die völkische Dichterin setzte sich im Rahmen der Fachstelle ‚Westfalen in aller Welt‘ des Westfälischen Heimatbundes für das Deutschtum im Ausland ein. Nach Kriegsbeginn konzentrierte sich die Arbeit der Fachstelle darauf, westfälische Landsleute in den neuen Ostgebieten aufzufinden. Im Zuge der westfälischen Ostsiedlung sollte ein organisierter Briefverkehr mit den alten und den demnächst neuen westfälischen Ostsiedlern aufgebaut werden, um so die Verbindung mit der westfälischen Heimat sicherzustellen.⁴⁵ Maria Kahle konnte bereits im Herbst 1939 auf ihrer Reise in den Warthegau zahlreiche Adressen von westfälischen Siedlern sammeln, die vor und nach der Jahrhundertwende durch den preußischen Staat in der damaligen preußischen Provinz Posen angesiedelt worden waren.⁴⁶ In 45 Gemeinden erfasste sie 1081 westfälische Siedlerfamilien, von denen der größte Teil in den Kreisen Gnesen, Wreschen, Jarotschin und Wongrowitz lebte.⁴⁷ Somit standen diese Gebiete als Zielgebiet künftiger westfälischer Siedler hoch im Kurs, da man vermutlich erwo, die zukünftige Siedlung an bereits bestehende westfälische Siedlungen anzuknüpfen. Die genannten Landkreise entsprachen dem Siedlungsraum, den Himmler und Meyer für die westfälischen Siedler vorsah.⁴⁸

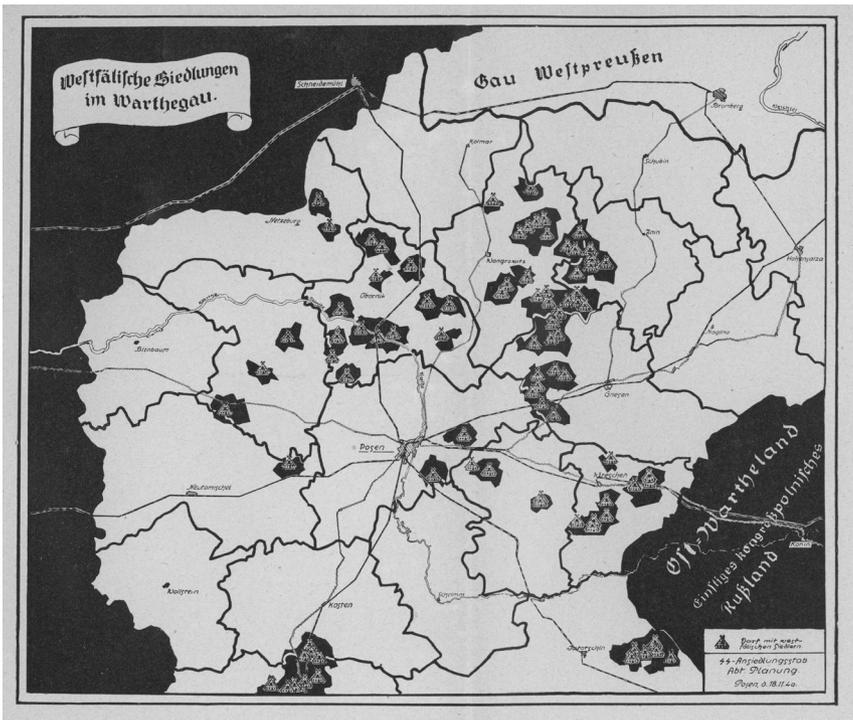
44 Zitate aus Vermerk über eine Besprechung im Planungsamt des Reichsführers SS am 3.7.1940. In: ALWL 907-2 Nachlass Kolbow.

45 Zur Neuausrichtung der Fachstellenarbeiten vgl. Notiz einer Besprechung vom 21.12.1939, Vermerk vom 27.3.1940, Notiz vom 4.5.1940. In: AWHB Ordner F12 Westfalen in aller Welt Januar 1937–Dezember 1942.

46 Zur preußischen Siedlungspolitik seit dem preußischen Ansiedlungsgesetz von 1886 vgl. Roland BAIER, *Der deutsche Osten als soziale Frage. Eine Studie zur preußischen und deutschen Siedlungs- und Polenpolitik in den Ostprovinzen während des Kaiserreichs und der Weimarer Republik*, Köln 1980.

47 Maria KAHLE, *Westfälische Bauern im Ostland*, Münster 1940, S. 28.

48 Vgl. Vermerk über eine Besprechung im Planungsamt des Reichsführers SS am 3.7.1940. In: ALWL 907-2 Nachlass Kolbow.



Westfälische Siedlungen im Warthegau. (Quelle: Maria Kahle, *Westfälische Bauern im Ostland*, Münster 1940, hintere Umschlagsinnenseite)

Die westfälische Ostsiedlung in den Veröffentlichungen der westfälischen Heimatbewegung

Die gut platzierte Berichterstattung über die Reisen in den Warthegau⁴⁹ spielte bei der Propagierung der westfälischen Umsiedlungsbestrebungen eine zentrale Rolle. Maria Kahle schilderte in diversen Aufsätzen und Vorträgen ihre Reiserlebnisse, die sie 1940 in ihrem Buch ‚Westfälische Bauern im Ostland‘ zusammenfasste. Das Buch wurde an die westfälischen Siedler im Warthegau verschickt mit der Absicht, die West-Ost-Siedlung auf diese Weise zu fördern und den Gedanken der landsmannschaftlichen Gruppensiedlung den bereits ansässigen Siedlern bekannt zu machen; den Versand übernahm der Westfälische Heimatbund, die Kosten trug der westfälische Provinzialverband.⁵⁰

49 Neben der Heimatschriftstellerin Maria Kahle, die zumindest zweimal auf Kosten des Westfälischen Heimatbundes für mehrere Wochen in den Warthegau gereist war, sammelte der Schulrektor und Aktivist der Heimatbewegung Fritz Rohlmann dort ebenfalls Adressen. Vgl. Brief an Frau Kahle vom 15.11.1940. In: AWHB Ordner NS3 Reichspropagandaamt Januar 1938–Dezember 1940. Schreiben an Lehrer Rohlmann vom 15.11.1940. In: Ebd.; Brief von Landesrat Fix an Rektor Rohlmann vom 2.10.1940. In: AWHB-Archiv-Ordner F12 Westfalen in aller Welt Januar 1937–Dezember 1942. Siehe auch Fritz ROHLMANN, Bei den Westfalen im Warthegau. In: Münsterländer Heimatkalender 4 (1941), S. 75–78.

50 Vgl. Schreiben an die Provinzialhauptkasse vom 8.1.1940. In: AWHB-Archiv-Ordner F12 Westfalen in aller Welt Januar 1937–Dezember 1942.

Im ersten Teil des Buches vermittelt Kahle die Bedeutsamkeit der landsmannschaftlich geschlossenen Siedlung. Sie kommt zu dem Schluss, dass sich die westfälischen Bauern im Osten bewährt hätten.⁵¹ Dies läge in der westfälischen Eigenart, die durch ein „ausgeprägtes Stammesbewusstsein“, „bäuerlichen Familiensinn“ und das „Gefühl der Sippenverbundenheit“ geprägt sei. Da die Siedler bisher in geschlossenen Gemeinden „angesetzt“ worden seien, „konnte sich ihre Wesenswelt auf der fremden Erde“ am stärksten auswirken, so Kahle. Weiter argumentiert sie, dass die gemachten Erfahrungen im Warthegau zu dem Vorschlag berechtigten würden, die westfälischen Bauernfamilien in Dorfgruppen von je vier oder fünf Dörfern anzusetzen – wobei dann auch die Gefahr der Inzucht gebannt sei.⁵² Der Zusammenhang einer größeren Sippe ermögliche den westfälischen Siedlern, ihre Art und die eigene stammliche Überlieferung zu erhalten: Dies sei für das Gesamtgefüge des Deutschtums von Vorteil. Eine verstreute Ansiedlung lasse die westfälischen Wurzeln absterben. Als negatives Beispiel führt Kahle die „entwurzelten“ Enkel westfälischer Auswanderer in den USA an.⁵³ Maria Kahle vertrat ihre Ansichten zur Besiedlung des Ostens im Rahmen einer Vortragsreise, die sie im Winter 1939/40 in verschiedene Heimatvereine des Westfälischen Heimatbundes führte. Der Gedanke einer künftigen Ostsiedlung sollte auf diese Weise publik gemacht werden.⁵⁴

Auch Landeshauptmann Kolbow behandelte in zahlreichen Vorträgen die Geschichte der westfälischen Ostsiedlung und zog eine Kontinuitätslinie bis zur Gegenwart. In abgewandelten Fassungen hielt er den Vortrag vor Heimatforschen, in der westfälischen Verwaltungsakademie, vor der Landesbauernschaft und anlässlich einer Gaukulturtagung; stets betonte er Anteil und Leistung Westfalens bei der Besiedlung des Ostens. In einem Aufsatz in der Zeitschrift ‚Raumordnung und Raumforschung‘ von 1940 hat er seine Ansichten an prominenter Stelle ausgeführt.⁵⁵

Mit Blick in die Geschichte versuchte Kolbow zu belegen, dass sich die geschlossene stammesmäßige Ansiedlung schon im 12. Jahrhundert bewährt habe, da das Zusammengehörigkeitsgefühl geholfen habe, die ersten

51 KAHLE, Westfälische Bauern, S. 13.

52 Ebd., S. 14.

53 Ebd., S. 19.

54 Der Vortrag ist gedruckt: Maria KAHLE, Volksdeutsche Heimkehr ins Reich. In: Der Westfälische Heimatbund, Jahresbericht 1939, Münster [1940]. Der Schwerpunkt des Vortrags lag dabei mehr auf der Ansiedlung der Baltendeutschen im Warthegau. Siehe auch die Berichte über die Resonanz auf den Vortrag. Ebd., S. 60–61, 63, 73, 83. Zur Vortragsreise vgl. DITT, Raum und Volkstum, S. 235–236. In anderen Veröffentlichungen berichtet Kahle mehr über die westfälischen Siedler, siehe Maria KAHLE, Westfälische Siedler im Posener Land. In: Heimat und Reich 8 (1940), S. 53–56; Maria KAHLE, Eine westfälische Mutter im Osten. In: Münsterländer Heimatkalender 4 (1941), S. 79–81.

55 Vgl. Karl Friedrich KOLBOW, Westfalen und der Osten. In: Raumordnung und Raumforschung 4 (1940), S. 231–237; siehe auch DERS., Westfalen und der Osten in der Vergangenheit. In: Münsterländer Heimatkalender 4 (1941), S. 67–74.

Schwierigkeiten der Siedler zu überwinden. Erst nach dem Ersten Weltkrieg habe die Siedlungspolitik wieder erkannt, dass landsmannschaftlich einheitliche Siedlergruppen dazu beigetragen hätten, die Siedlungen besonders schnell aufblühen zu lassen. Nach Ansicht Kolbows hing viel von der Verbindung mit der alten Heimat ab: Die geballte Hilfe und Unterstützungskraft der alten Heimat erreiche die geschlossen siedelnden Gruppen effektiver als zerstreut angesiedelte Landsleute. Ferner betonte er die Bedeutung des Bauerntums für die nationalsozialistische Ostsiedlung: Nur der Boden, der mit deutscher Bauernkraft bebaut würde, werde und bliebe deutsch. Westfalen werde im Ringen um neuen deutschen Lebensraum in der vordersten Front marschieren, so das Plädoyer Kolbows.

Die Vorträge und Aufsätze von Kahle, Kolbow und anderen Vertretern der Heimatbewegung hatten den Zweck, den Gedanken der Ostsiedlung zu popularisieren und für diesen zu werben, indem die historische Leistung Westfalens herausgestellt und damit ein historischer Auftrag der Westfalen zur Besiedlung des Ostens konstruiert wurde. Dabei wurden die zukünftigen Siedlungsvorhaben historisch legitimiert. Aufgrund der Stammeseigenart der Westfalen war nach Kahle und Kolbow die landsmannschaftlich geschlossene Siedlung der effektivste Weg – in der damaligen Diktion gesprochen – ‚den Boden für das Deutschtum in Besitz zu nehmen und zu germanisieren‘. Zudem bestätigten die von den Heimatbewegten rezipierten Ergebnisse⁵⁶ der zeitgenössischen historischen Forschung diese Ansichten: So bescheinigte der an der Universität Münster wirkende Historiker Friedrich von Klocke in seinem Buch von 1940 ‚Westfalen und der deutsche Osten vom 12. bis zum 20. Jahrhundert‘, ‚dass gerade Westfalen mit den rassischen Grundlagen seines Volkstums, mit nordischer Unternehmungsfreude und nordischer Tatkraft, mit fälischem Ernst und fälischer Zähigkeit, für die Ostlandbewegung besonders geeignet war und ist.‘⁵⁷

Vorbereitungen für die westfälische West-Ost-Siedlung

Die westfälischen Bemühungen um die zukünftige Ostsiedlung liefen in der ‚Arbeitsgemeinschaft zur Vorbereitung der westfälischen West-Ost-Siedlung‘ zusammen. Auf der konstituierenden Sitzung im November 1940 tauschten sich regionale Institutionen mit Vertretern von Reichsbehörden aus.⁵⁸ Zu den 29 Vertretern aus Westfalen zählten Funktionäre der Landesbauernschaft, der Landesplanungsgemeinschaft sowie der einzelnen Bezirksplanungsgemein-

56 Vgl. KOLBOW, Westfalen und der Osten, S. 231; Maria KAHLE, Rezension zu Friedrich von Klocke, Westfalen und der deutsche Osten. In: Heimat und Reich 8 (1941), S. 94.

57 Friedrich VON KLOCKE, Westfalen und der deutsche Osten vom 12. bis zum 20. Jahrhundert, Münster 1940, S. 7.

58 Bericht über die Sitzung der Arbeitsgemeinschaft zur Vorbereitung der West-Ost-Siedlung vom 16.11.1940. In: ALWL 722–55 Provinzialinstitut: Mitgliedschaften und Schriftwechsel mit landesgeschichtlichen Arbeitsgemeinschaften 1939–1944.

schaften, Beamte der Landeskulturabteilung des westfälischen Oberpräsidiums, Abgesandte der Gauleitungen der Gaue Westfalen-Nord und -Süd sowie Mitarbeiter des Provinzialverbandes Westfalen. Von der nationalen Ebene nahmen Vertreter der Reichsstelle für Raumordnung, der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung und dem Reichsnährstand teil. Ferner waren der Höhere Polizei- und SS Führer für Westfalen und ein Vertreter der Universität Münster anwesend. Den Vorsitz führte der Gauleiter des Gaues Westfalen-Nord, Dr. Alfred Meyer, der gleichzeitig Oberpräsident der Provinz Westfalen war. Kolbow gelang es, einen Mitarbeiter des Provinzialverbandes als praktischen Leiter der Arbeitsgemeinschaft zu platzieren, um so die künftige Umsiedlung kontrollieren zu können: Ohne selbst in den Vordergrund zu treten, hatte der Provinzialverband auf diese Weise „die ganze Sache in der Hand“.⁵⁹ Kolbow nannte auf der Konferenz zwei Ziele, welche mit der Umsiedlungsaktion zu verfolgen seien: zum einen die Sanierung der Landwirtschaft des Heimatgebietes, zum anderen die landsmannschaftlich geschlossene Siedlung im Osten.

Daraufhin erörterte Friedrich Kann, Funktionär im Verwaltungsamt des Reichsbauernführers, die geplante Besiedlung des Ostens. Abzüglich der zurückgekehrten Volksdeutschen blieben noch 125.000 bis 150.000 Höfe von Bauern aus dem Altreich zu besetzen, so die Berechnungen. Die angegliederten Westgebiete würden süddeutschen Siedlern ein Unterkommen bieten, für Westfalen ergäbe sich hauptsächlich eine Aussiedlung in den Osten, dessen Besiedlung nach zehn Jahren vollendet sein würde; eine endgültige Gesundung der landwirtschaftlichen Betriebsstruktur des Altreiches brauche wesentlich länger, so der Sachverständige des Reichsnährstands.⁶⁰

Auch Willi Taschenmacher, Referent der Landesplanungsgemeinschaft Westfalen, widmete sich in seinem Vortrag vor den Teilnehmern der Arbeitsgemeinschaft dem Sachbereich, durch eine Ostsiedlung die landwirtschaftlichen Verhältnisse im Altreich, die man besonders in den Realteilungsgebieten des Westens als ‚überbesetzt‘ und ‚parzelliert‘ erachtete, zu bereinigen. In seinen Ausführungen knüpfte er an die zwei von Kolbow genannten Aspekte an. Taschenmachers Befunde lagen auf der Linie, die auch Kolbow verfolgte. Es lohnt sich, die Ergebnisse der Studien, die Taschenmacher im Jahrgang 1941 der Zeitschrift ‚Raumordnung und Raumforschung‘ unter dem Titel „Ergebnisse der Voruntersuchung zur Umformung des Betriebsgefüges der westfälischen Landschaft“⁶¹ veröffentlichte, näher zu betrachten.

59 Vgl. Brief Kolbow an Kühl vom 9.3.1940. In: ALWL 907–10 Nachlass Kolbow. Der Mitarbeiter war Provinzialoberbaurat Wimmer.

60 Vgl. ПУТА, *Menschenökonomie*, S. 47; Siehe auch MAI, *Rasse und Raum*; MAI, *Neustrukturierung*.

61 Willi TASCHENMACHER, *Ergebnisse der Voruntersuchung zur Umformung des Betriebsgefüges der westfälischen Landschaft*. In: *Raumordnung und Raumforschung* 5 (1941), S. 293–309.

Taschenmacher untersucht – ausgehend von einer bestimmten Hofmindestgröße – die Anzahl aufzulösender oder aufzustockender existenzschwacher Bauernhöfe in Westfalen.⁶² Nach seinen Berechnungen seien 20.500 von ca. 184.000 Betrieben aufzulösen und ihr Besitz zur ‚Gesundung‘ der westfälischen Landwirtschaft auf die verbliebenen Höfe aufzuteilen.⁶³ Mit der Ermittlung der Siedlerkapazität für den Osten verknüpft Taschenmacher die Aussicht, die landwirtschaftlichen Verhältnisse in Westfalen durch Aussiedlung zu sanieren. Er kann jedoch keine genaue Zahl der Siedler für den Osten angeben, die aus der Auflösung der Höfe resultieren würden, da ältere Landwirte nicht willig, die Familien von Pachthofbesitzern, die in Westfalen eine verhältnismäßig große Gruppe darstellen würden, dagegen bereit für eine Ansiedlung im Osten seien. Die Gruppe der nachgeborenen Bauernsöhne, die den väterlichen Betrieb nicht erben würden, veranschlagt Taschenmacher auf 8.000.⁶⁴ Seine Berechnungen der potentiellen Siedlerzahlen, die ohnehin schon hoch spekulativ waren, relativiert Taschenmacher mit der Bemerkung, dass es neben dem Siedlungswillen auch auf die „biologische und sonstige Eignung für die Ostsiedlung“⁶⁵ ankomme. Hier taucht ein biologisch-rassisches Auswahlkriterium bei der anstehenden Siedlerauswahl auf: Die Verfechter des westfälischen Umsiedlungsvorhaben orientierten sich dabei an den Vorgaben zur Erlangung des Neubauernscheines, wie sie auf der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft einstimmig eingefordert wurden. Der Neubauernschein verlangte die politische, fachliche, rassische, erbbiologische und gesundheitliche Eignung der Bewerber.⁶⁶

In seinen Planungen gliederte Taschenmacher Westfalen zusätzlich in elf landsmannschaftliche Abgabengebiete, die er nach volkscundlichen, historischen, wirtschaftlichen und geografischen Gesichtspunkten abgrenzte.⁶⁷ Er konnte sich dabei auf fünf Gutachten von westfälischen Experten auf diesen Gebieten berufen, die er zuvor abgefragt hatte.⁶⁸ Taschenmacher hatte über das westfälische Provinzialinstitut für Landes- und Volkskunde die Expertengutachten angefordert. Der Geschäftsführer des Instituts leitete die Anfrage an die Vorsitzenden der historischen, volkscundlichen und geografischen Kommission für Westfalen weiter, die zum Teil zugleich Lehrstühle an der Universität Münster inne hatten.⁶⁹

62 Ebd., S. 300.

63 Ebd., S. 307.

64 Ebd., S. 308.

65 Ebd., S. 301.

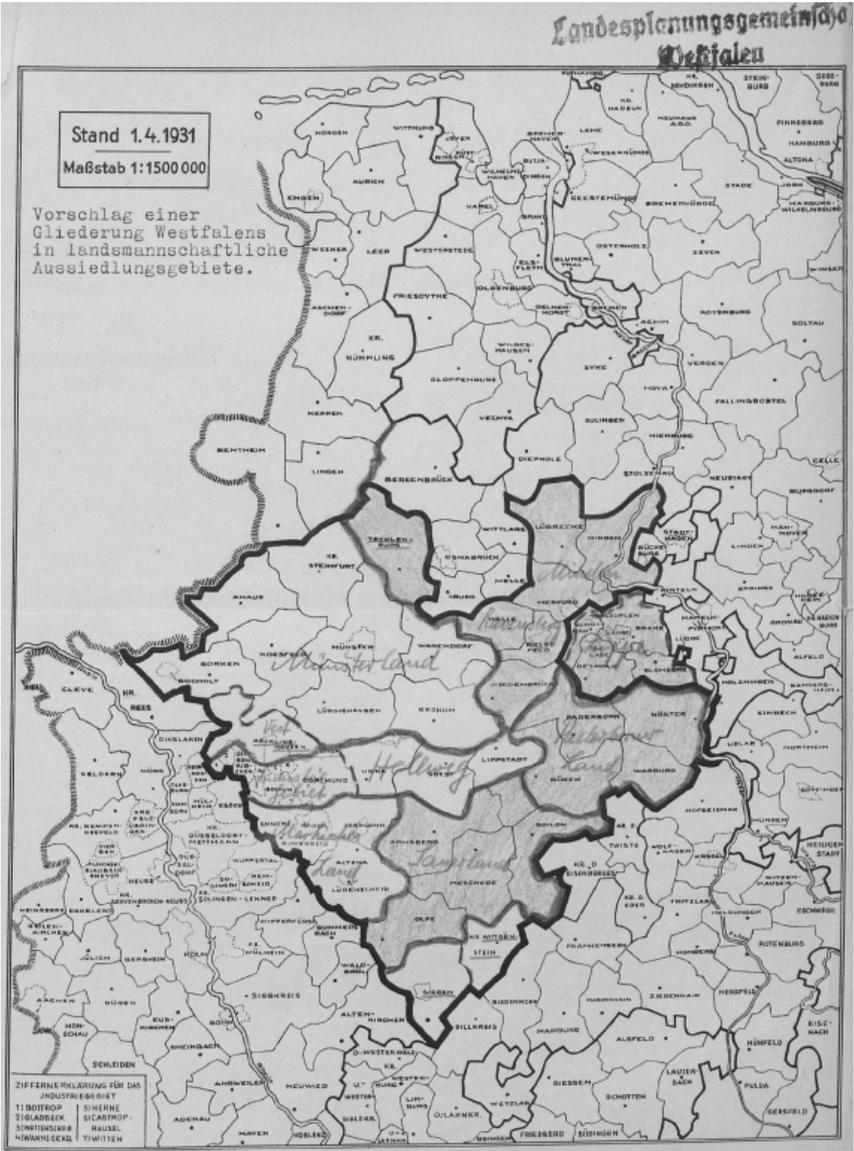
66 Vgl. G. WESTENHOFF, Der deutsche Osten ruft! In: Wochenblatt der Landesbauernschaft Westfalen 97, Folge 15, 13.4.1940; DERS., Besiedlung der neuen Ostgebiete. In: Wochenblatt der Landesbauernschaft Westfalen 97, Folge 47, 23.11.1940.

67 TASCHENMACHER, Voruntersuchung, S. 297.

68 Siehe ALWL 722–7 Provinzialinstitut: Gesamtinstitut 1938–1943, diverse Korrespondenzen im Juli 1940.

69 Zu der Expertenrunde gehörten: Prof. Bauermann, Staatsarchiv Münster und Historische Kommission für Westfalen; Prof. Dörries, Geografisches Institut der Universität Münster; Universitätsassistent Dr. Müller-Wille, geografisches Institut der Universität Münster; Prof. Schulte-Kemminghausen, Volkscundliche Kommission für Westfalen; Prof. Trier, Volkscundliche Kommission für Westfalen.

An den Planungen der ‚Arbeitsgemeinschaft zur Vorbereitung der westfälischen West-Ost-Siedlung‘ beteiligte sich auch der Münsteraner Universitätsprofessor Alfred Müller vom dortigen Institut für Wirtschaft- und Sozialwissenschaften, zugleich Mitglied der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung. Er befasste sich in einer Studie mit den Umsiedlungskapazitäten im westfälischen Gewerbesektor.⁷⁰ Aus der Sicht Müllers war in den



Vorschlag einer Gliederung Westfalens in landsmannschaftliche Aussiedlungsgebiete. (Quelle: Archiv des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, Münster, 722-7)

70 Alfred MÜLLER, Die gewerblichen Umsiedlungsmöglichkeiten in Westfalen. Voruntersuchung zur künftigen West-Ost-Siedlung, [Münster][1942].

Ostplanungen eine gezielt geplante gewerbliche Verdichtung der vorgesehenen agrarischen Besiedlung zu berücksichtigen, da die gewerbliche Siedlung keine automatische Folgewirkung der Agrarsiedlung sei. Grundsätzlich erachtete er die Industrien Westfalens für eine Ostsiedlung als geeignet, wobei aus seiner Sicht die Verschiedenartigkeit der gewerblichen Situation eine Vielfalt von Möglichkeiten eröffne, Kräfte für die Ostsiedlung zu aktivieren, obwohl die Vollbeschäftigung in der Wirtschaft keine Arbeitsreserven mehr aufweise. Müller empfahl, durch Rationalisierung entsprechende Kräfte, insbesondere in nicht standortgebundenen Industrien, freizusetzen.

Die Aufgabenverteilung der ‚Arbeitsgemeinschaft zur Vorbereitung der westfälischen West-Ost-Siedlung‘ hat sich Kolbow sehr wahrscheinlich in der Weise vorgestellt, dass dem Provinzverband durch die praktische Leitung der Arbeitsgemeinschaft die richtungsweisenden Entscheidungen vorbehalten blieben, während die Landesplanungsgemeinschaft und die Universität die detaillierten Planungen liefern und beratend tätig sein sollten. Die Landeskulturabteilung des Oberpräsidiums sollte die Aufgaben bearbeiten, die sich aus den konkreten Umlegungsarbeiten ergaben. Die Vernetzung der Arbeitsgemeinschaft sowie die Querverbindungen zur Universität Münster und anderen Expertengremien zeigen, dass bei den regionalen Planungen zur Besiedlung des Osten sowie zu dessen Legitimation zahlreiche regionale Institutionen und Personen beteiligt waren. Nicht immer zogen diese an einem Strang, wie die Auseinandersetzung über Zuweisungen von Geldmitteln exemplarisch veranschaulicht.

Die Neuordnung der landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse innerhalb der Provinz Westfalen und die Vorbereitung der künftigen West-Ost-Siedlung setzten die Untersuchung von etwa einhundert westfälischen Richtgemeinden voraus. Um diese Untersuchungen abschließen zu können, erbat die Landesbauernschaft von der Provinz einen finanziellen Zuschuss.⁷¹ Die Herangehensweise der Landesbauernschaft, die statistische Daten bezüglich der Richtgemeinden vom Reichsamt für Statistik teuer erwarb, wurde von Mitarbeitern der Landesplanungsgemeinschaft und des Provinzialverbandes als zu ungenau, zu kostspielig und zu langwierig kritisiert. Sie schlugen dem Landeshauptmann die Auswertung von Haushaltslisten vor, von denen Auszüge wesentlich günstiger angefertigt werden könnten.⁷² Landeshauptmann Kolbow bewilligte darauf der Landesbauernschaft keine weiteren Mittel.

71 Vgl. Brief vom 23.11.1940 von der Landesbauernschaft Westfalen an die Verwaltung des Provinzialverbandes sowie weitere Korrespondenzen zwischen September und Dezember 1940 sowie Januar und Mai 1941. In: ALWL 202–546 Finanzierung der West-Ost-Siedlung.

72 Vgl. Vermerk vom 2.12.1940 zum Schreiben der Landesbauernschaft vom 23.11.1940 und Vermerk vom 13.6.1941 zum Antrag der Landesbauernschaft vom 14.5.1941. In: ALWL 202–546 Finanzierung der West-Ost-Siedlung.

Auf regionaler Ebene zeigte sich, wie Darrés Reichsnährstand, der in den Siedlungsplanungen im Osten das Heft bereits an Himmler abgegeben hatte⁷³, bezüglich der Planungen im Altreich ebenfalls nicht mehr auf festem Grund stand. Warum Kolbow seine eigene Siedlungspolitik auf Himmler und nicht auf Darré ausrichtete – dem Apparat Himmlers hatte er Vorschläge unterbreitet, während Darrés Behörde finanzielle Zuschüsse nicht erhielt – muss Spekulation bleiben. Vermutlich hatte Kolbow Himmlers Schlüsselposition als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums richtig eingeschätzt und hat dessen Machtbewusstsein und Durchsetzungswillen schon zu Beginn der anstehenden Ostsiedlung erkannt.⁷⁴

Das Interesse Westfalens an der Ostsiedlung

„An der Neubesiedlung des Ostens ist Westfalen stärkstens interessiert.“⁷⁵ Mit dieser Aussage fasste Kolbow die Bestrebungen Westfalens, an der Ostsiedlung zu partizipieren, zusammen. Landeshauptmann Kolbow steht exemplarisch und stellvertretend für eine Strömung in der westfälischen Heimatbewegung, die einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die westfälischen Bestrebungen zur Ostsiedlung ausübte. Er ist an einer zentralen Nahtstelle zu verorten, nämlich an der Verbindungsstelle zwischen der ‚bevölkerungspolitischen Exekutive‘ (Himmler) und den Ideengebern. Oftmals waren die Ideengeber in wissenschaftlichen Milieus zu finden; diesem Milieu ist Kolbow jedoch nicht zuzuordnen, was sein persönliches Interesse an der Ostsiedlung und an ethnopolitischen Planungen für die Geschichtswissenschaft interessant macht.

Das Interesse, das Kolbow mit seinem Vorstoß bei Himmler verband, war vielschichtig. Kolbow war davon überzeugt, dass sein Konzept, den Osten in landsmannschaftlich geschlossenen Gruppen zu besiedeln, die richtige Lösung sei, um den Boden dort zu germanisieren. Die ‚Festigung des deutschen Volkstums‘ war aus seiner Sicht dadurch gewährleistet, dass das Bauerntum den Boden in Besitz nahm und nicht nur eine oberflächliche Kolonisation stattfand. Dabei ging er davon aus, dass Westfalen aufgrund seiner stammlichen Eigenarten – starke Bodenverbundenheit, enger Sippenzusammenhang, bäuerlicher Volksstamm – eine besondere Rolle bei der historischen Mission, die deutsche Ostkolonisation zu vollenden, spiele.⁷⁶ Er verknüpfte damit sicherlich die Hoffnung, dass Westfalen durch diese Tat

73 Vgl. MAI, Neustrukturierung, S. 77–78, 81.

74 Am Beginn der Umsiedlungsplanung im Herbst war noch nicht klar, dass Himmler der entscheidende Mann wird. Himmler musste sich zunächst gegen verschiedene konkurrierende Institutionen in der Siedlungspolitik durchsetzen. Vgl. MÜLLER, Hitlers Ostkrieg, S. 93.

75 Niederschrift über die Arbeitstagung der Niederdeutschen Landesvereine im Deutschen Heimatbund am 14.3.1940 in Bremen. In: AWHB Ordner D2 – Landesvereine des Deutschen Heimatbundes, S. 9.

76 Vgl. auch zum Folgenden den Vortrag Kolbows ‚Westfalen und der Osten‘. In: AWHB Ordner Vorträge Landeshauptmann Kolbow, S. 1, 28; KOLBOW, Westfalen und der Osten in der Vergangenheit; DERS., Westfalen und der Osten.

die Anerkennung folgender Generationen erlangen werde – was schließlich auch auf den Landeshauptmann zurückfallen würde. An der Eroberung von Lebensraum im Osten maßgeblich mitgewirkt zu haben, empfand Kolbow als anzustrebende und bedeutende Auszeichnung.

Zugleich versuchte Kolbow auf dem prestigeträchtigen Sektor der Ostsiedlung Fuß zu fassen, um seine Machtposition innerhalb Westfalens zu festigen. Er war der Ansicht, dass der Provinzialverband neue Aufgaben ergreifen müsse, um weiterhin gestaltend und nicht nur verwaltend wirken zu können. In traditionelle Aufgabenbereiche der provinziellen Selbstverwaltung, wie der Jugendfürsorge und der Volkswohlfahrt waren NS-Organisationen bereits stark eingedrungen.⁷⁷ Ein Ziel Kolbows war, die Verbindung zwischen den zukünftigen Siedlern und der alten Heimat aufrecht zuhalten; diese Aufgabe wollte er für den Provinzialverband und den Westfälischen Heimatbund reservieren. Ferner strebte er ein Mitspracherecht bei der Siedlerauswahl und der Betreuung der Siedler vor Ort an.

Sicherlich hoffte Kolbow, dass beim Aufbau des neuen deutschen Ostens seine Vorstellungen berücksichtigt würden. Da in den Quellen keine direkten Aussagen darüber zu finden sind, wie Kolbow sich den gesellschaftlichen Aufbau im Osten konkret vorstellte, kann nur aus anderen Stellungnahmen mittelbar darauf geschlossen werden. Der ideale Aufbau der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft bestand für ihn in einer hierarchischen Gliederung von der Familie über die Nachbarschaft, der Gemeinde und den Stamm hin zur Volksgemeinschaft.⁷⁸ Die gesellschaftlichen Aufgaben sollten auf der kleinstmöglichen Stufe wahrgenommen werden, vergleichbar dem Subsidiaritätsprinzip. Kolbow bezeichnete dies als ‚gegliederten Sozialismus‘.⁷⁹ Dabei musste er nicht eigens betonen, dass alle ‚Fremdvölkischen‘ und Juden aus der Volksgemeinschaft ausgeschlossen waren, dies verstand sich von selbst.

Seine Vorstellungen zum ökonomischen Aufbau des Ostens sind eindeutiger zu beschreiben, da sie sich an allgemein gängigen Überlegungen orientierten: Ein wirtschaftlich starkes Bauerntum sollte auf Bauernhöfen in Erbhofgröße den Boden bewirtschaften, um für eine Familie als Existenzgrundlage zu dienen. Die Gewerbestruktur der westfälischen Heimat konnte weitestgehend in die Ostgebiete übertragen werden.

77 Vgl. TEPPE, Provinz, S. 69–139.

78 Siehe auch Lotte BUSSHOFF, Nachbarschaften bei der Umsiedlung volksdeutscher Gruppen. In: Neues Bauerntum 31 (1939), S. 283–286.

79 Vgl. die Tagebucheintragung Kolbows vom 2.5.1942. In: DRÖGE, Tagebücher Kolbow; Offener Brief Kolbows an den Sternbergkreis vom 14.12.1944. In: Archiv der deutschen Jugendbewegung. Nachlass Schomburg, 48 – Materialsammlung Kolbow; gekürzt abgedruckt in: Sternbergkreis e. V. (Hg.), In Memoriam Karl Friedrich Kolbow. Erlebnis – Bekenntnis – Vermächtnis, Osnabrück 1985, S. 28–35.

Kolbow schätzte mit dem Beginn der Ostplanungen die Chance, dass sein Planungskonzept und die Umsiedlungsbestrebungen Westfalens Anklang finden und realisiert würden, wahrscheinlich als gut ein, wie die wohlwollende Aufnahme seiner Initiative erwarten ließ. Als sich jedoch herausstellte, dass die Ostplanungen von SS-Wissenschaftlern kontrolliert und vorangetrieben wurden, musste er resigniert feststellen, dass „die SS all meine Ansiedlungspläne im Wartheland zerstört hat.“⁸⁰ Betrachtet man die Gigantomanie des Generalplans Ost, so muten Kolbows Planungen im Gesamtkontext der Ostplanung marginal an. Die von Kolbows Initiative maßgeblich ausgelöste Vorgabe Himmlers, landsmannschaftlich geschlossen zu siedeln, blieb jedoch in den Ausarbeitungen des Generalplans Ost⁸¹ enthalten, obwohl die Besiedlung des Ostens in Stämmen auch kontrovers diskutiert wurde.

In dieser Diskussion ging es darum, ob es angebracht sei, durch die geschlossene Ansiedlung die „stammlichen Werte“ zu erhalten, von der man jedoch ein „Auseinanderfallen [...] des neuen deutschen Ostraumes befürchten müsse“ oder ob eine „atomisierende Vermischung“ anzustreben sei, „von der man sich einen neuen Großstamm“ erhoffen könne.⁸² Eine Stellungnahme in der Zeitschrift ‚Neues Bauerntum‘ bezweifelte, ob die nach Kriegsende erfolgende stammesmäßige Umsiedlung aus dem Altreich eine zeitgemäße Form sei: Die Siedler würden nicht in großen Gruppen ankommen wie bei der Umsiedlung der Volksdeutschen, sondern würden vielmehr in kleinen Gruppen ihre neue Heimat aufsuchen. Der anonyme Autor plädierte daher dafür, dass die Zusammenstellung von Siedlergruppen nicht „vom oberen Bereich des Gaues her, sondern in den unteren Bereichen der Kreise oder sogar Kreisteilen“ erfolgen müsse.⁸³

Keine Umsiedlung westfälischer Siedler in den Osten

Die Besiedlung des eroberten Ostens in landsmannschaftlich geschlossenen Gruppen wurde durch die Vorgabe von Hitler und Himmler verhindert, die Umsiedlung aus dem Altreich erst nach dem Krieg durchzuführen, um verdiente Soldaten bei der Landvergabe nicht zu benachteiligen.⁸⁴ Wäre schon während des Krieges eine Umsiedlung möglich gewesen, so wäre im vorausseilenden Gehorsam mit dem Aufbau eines geschlossenen westfälischen

80 Tagebucheintragung Kolbows vom 7.1.1942. In: DRÖGE, Tagebücher Kolbow.

81 Vgl. Anmerkung 20.

82 Karl Ernst HAUSHOFER, Die deutschen Stämme und der Osten. In: Deutsche Arbeit 40 (1940), S. 163–166, hier S. 164. Der Artikel wurde in der Juniausgabe veröffentlicht.

83 Stammesfragen, gegenwärtig gesehen. In: Neues Bauerntum 32 (1940), S. 393–394. Der Artikel wurde in der Dezemberausgabe veröffentlicht.

84 Vgl. MÜLLER, Hitlers Ostkrieg, S. 87.

Siedlungsgebiets im Osten begonnen worden. Auf die dort heimische Bevölkerung hätte man dabei keine Rücksicht genommen: Sie wurde in den westfälischen Planungen nicht einmal erwähnt – für die Planer schien der Raum menschenleer gewesen zu sein. Im ‚Traumland Osten‘ ließen sich langgehegte Pläne realisieren. Von der Aussiedlung versprach man sich zudem eine Sanierung der Agrarverhältnisse in Westfalen; der Osten als neuer „Lebensraum“ bot sich an.

Die Besiedlung des Ostens nach landsmannschaftlichen Gesichtspunkten muss aber auch im Rahmen der rassistischen Neuordnung Europas durch die Nationalsozialisten betrachtet werden: Bei einer Realisierung der Umsiedlung wäre die rassistische Eignung der Siedler die Voraussetzung gewesen, um in eine landsmannschaftlich geschlossene Gruppe aufgenommen zu werden; die SS hätte sich mit ihrer rassenideologischen Position durchgesetzt.⁸⁵ Dennoch zeigt das Beispiel der westfälischen Planungen, wie eine Initiative ‚von unten‘ bei der Besiedlung des Ostens „dem Führer entgegen arbeitete“. Nicht etwa aus der SS, sondern aus den Reihen der westfälischen Heimatbewegung erwachsen die Initiative und das Konzept, an dessen Planung und Legitimation zahlreiche regionale Institutionen und Personen beteiligt waren. Weitere Initiativen und Planungskonzepte anderer Provinzen und Regionen müssen in regional vergleichenden Forschungen noch untersucht werden.⁸⁶

Der Kriegsausgang verhinderte, dass Bauern aus Westfalen in den Osten umgesiedelt wurden. Die Reaktionen potentiell Betroffener der Umsiedlungsmaßnahmen waren zwiespältig: Einerseits lagen konkrete Anfragen von Interessenten vor, andererseits gab es Befürchtungen, gegen den Willen in den Osten geschickt zu werden.⁸⁷ Die in Westfalen produzierte Idee der landsmannschaftlich geschlossenen Ansiedlung offenbart somit auch die Rücksichtslosigkeit, durch die nicht nur die polnische Bevölkerung in den eroberten Ostgebieten, sondern auch westfälische Landsleute zur bevölkerungspolitischen Verschiebemasse in den Plänen der Umsiedlungs-Aktivisten wurden.

85 Vgl. Isabel HEINEMANN, Rasse, Siedlung, deutsches Blut. Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, Göttingen 2003.

86 Einen möglichen Vergleich bietet der Landeshauptmann der Rheinprovinz und Vorsitzender des Deutschen Heimatbundes, der sich für die adäquate Landschaftsgestaltung einsetzte. Vgl. Heinz HAAKE, Heimatgestaltung im ostdeutschen Aufbaugebiet. In: Neues Bauerntum 32 (1940), S. 3–4. Die Landschaftsgestaltung des Ostens als zentraler Aspekt der Ostplanungen wurde jedoch von anderen Stellen bestimmt, vgl. OBERKROME, Deutsche Heimat, S. 1–14; Gert GRÖNING, Die ‚Allgemeine Anordnung Nr. 20/VI/42‘ über die Gestaltung der Landschaft in den ‚eingegliederten Ostgebieten‘. In: SCHLEIERMACHER/RÖSSLER, Generalplan Ost, S. 131–135; Michael HARTENSTEIN, Neue Dorflandschaften. Nationalsozialistische Siedlungsplanung in den ‚eingegliederten Ostgebieten‘ 1939 bis 1944, Berlin 1998.

87 Vgl. Brief von Landesrat Fix an Rektor Rohlmann vom 2.10.1940. In: AWHB-Archiv-Ordner F12 Westfalen in aller Welt Januar 1937–Dezember 1942. Die Anfragen von Interessenten vgl. WESTENHOFF, Besiedlung; siehe auch PYTA, Menschenökonomie, S. 51 f.

Martin Dröge, “La Vestfalia è molto interessata alla ricolonizzazione dell’Est”. Iniziative e piani riguardanti la nascita di insediamenti chiusi di contadini della Vestfalia nel Gau del Reich Wartheland (1940–1942)

Hans Mommsen parla dell’affermarsi di una “espertocrazia di pianificatori in concorrenza reciproca” in concomitanza con l’avvio della campagna polacca. A conferma di tale giudizio va citato il fiorire di iniziative regionali, nell’ambito delle quali fu pianificato e preparato il trasferimento di coloni della Vestfalia nel Gau Wartheland. I piani di trasferimento della Vestfalia, avviati subito dopo lo scoppio della guerra, ruotavano soprattutto intorno a due aspetti cruciali: da un lato la nascita di insediamenti chiusi di contadini vestfalici nel Gau Wartheland, dall’altro il risanamento delle condizioni agricole in Vestfalia.

Concepita in Vestfalia, l’idea di creare e commercializzare insediamenti rurali chiusi composti da connazionali fu sviluppata «dal basso» e non da scienziati operanti in tutto il Reich o dalle SS. Finora non sono state studiate da vicino le iniziative regionali e le rappresentazioni delle cerchie della borghesia colta, unite dall’ideale patrio, relative ai piani di colonizzazione nazionalsocialisti. Lo stesso dicasi di questioni quali l’aspetto assunto a livello regionale dall’agitazione politica inneggiante alla colonizzazione dell’Est e la misura in cui i piani di trasferimento erano presenti fra la popolazione.

L’insediamento chiuso di un gruppo regionale si reggeva sull’ideologia *völkisch* della stirpe. Tale giustificazione, ben articolata, si riscontrava in particolare nella provincia prussiana della Vestfalia. Un’indagine condotta su questo aspetto dei piani di colonizzazione nazionalsocialisti è particolarmente promettente in quanto essa può consentire di chiarire meglio da dove, oltre che dai progetti degli scienziati delle SS, abbiano tratto origine le idee naziste sulle politiche di colonizzazione e come tali idee venissero divulgate.

Il saggio analizza lo sfondo sul quale si colloca l’ideologia della stirpe per passare quindi, muovendo da questa premessa, a presentare più da vicino le iniziative della Vestfalia in fatto di piani di colonizzazione nazista. È così possibile dimostrare che l’enfaticizzazione ideologica dell’idea di insediamento chiuso composto da connazionali, caldeggiata in prima persona dal capitano della Vestfalia Kolbow, piacque a Himmler che ne raccomandò l’inserimento nei piani di colonizzazione nazionalsocialisti. Il saggio tematizza inoltre il modo in cui i piani vestfalici di colonizzazione dell’Est in generale e l’idea dell’insediamento chiuso di connazionali in particolare venne diffusa e promossa mediante conferenze e pubblicazioni. Inoltre esso si occupa delle prime pianificazioni regionali avviate da persone e gruppi di lavoro politicamente impegnati, che «lavoravano nella direzione del Führer» in quanto cominciarono presto a preparare la colonizzazione vestfalica dell’Est che avrebbe avuto luogo a guerra conclusa.

Il capitano nazionalsocialista Kolbow è rappresentativo di una corrente del movimento patrio vestfalico, che esercitava un influsso tutt’altro che

trascurabile sugli obiettivi di colonizzazione dell'Est da parte della Vestfalia. Egli si situa a uno snodo cruciale, vale a dire nel punto di collegamento fra "esecutivo delle politiche demografiche" (Himmler) e fornitori di idee. Spesso costoro facevano parte degli ambienti scientifici, cui Kolbow non apparteneva, e proprio questo aspetto rende interessante ai fini della ricerca storica il suo interessamento per la colonizzazione dell'Est e per le pianificazioni etno-politiche.

L'esito della guerra non permise di trasferire all'Est i contadini della Vestfalia. Se un trasferimento fosse stato possibile già durante il conflitto, nell'Est si sarebbe cominciato a costruire, in un moto di obbedienza precorritrice, un territorio di insediamento chiuso di coloni vestfalici. E nel farlo non si avrebbero avuti riguardi per la popolazione autoctona, che nei piani della Vestfalia non era nemmeno menzionata: ai pianificatori quell'area appariva disabitata. Dall'esodo di contadini ci si riprometteva inoltre un risanamento dei rapporti agrari in Vestfalia. L'idea dell'insediamento chiuso di connazionali, che aveva visto la luce in Vestfalia, evidenzia così anche la mancanza di riguardo in virtù della quale, nei piani degli attivisti dei trasferimenti, a essere trattata come massa trasferibile a piacimento non era solo la popolazione polacca dei territori conquistati ma anche quella della Vestfalia.